



DER ANDERE BLICK

von Johannes C. Bockenheimer

Augen zu und durch? So geht es 2026 nicht weiter

Deutschland hat im vergangenen Jahr zwar begonnen, seine Probleme ernst zu nehmen. In der Migrations-, Sozial- und Wirtschaftspolitik bleibt die Regierung von Kanzler Merz jedoch zögerlich.

30.12.2025, 17.59 Uhr ⌚ 3 min

Hören



X
Ebrahim Noroozi / AP

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Der andere Blick» speziell für Leserinnen und Leser in Deutschland. Abonnieren Sie den Newsletter kostenlos. Nicht in Deutschland wohnhaft? Hier profitieren.

So viel vorweg: Wer in den vergangenen Monaten auf einen politischen Aufbruch gehofft hat, wurde enttäuscht. Mit Friedrich Merz ist zwar ein Kanzler ins Amt gekommen, der einen politischen Neustart für sein wirtschaftlich und politisch angeschlagenes Land versprochen hatte. Zwei Tage vor dem Jahreswechsel aber ist davon wenig zu sehen.

Wenn man es gut mit dem CDU-Politiker meint, könnte man seiner Regierung immerhin zugestehen, dass 2025 für sie ein Jahr der langsamen Einsicht war. Kein Wunder: Die Probleme sind so drängend und so sichtbar geworden, dass selbst der Kanzler und sein Kabinett sie nicht länger ignorieren konnten. Erste Schritte wurden gewagt. Ein grundlegender Kurswechsel ist daraus aber noch nicht geworden.

Migration: Die Korrekturen der Regierung reichen nicht aus

Da wäre zunächst die Migration. Lange wurde so getan, als liesse sich der Zustrom von Hunderttausenden Flüchtlingen Jahr für Jahr einfach wegverwalten. Inzwischen setzt sich in der Politik langsam die Erkenntnis durch, dass dauerhaft hohe Zuzugszahlen ein Land überfordern – finanziell, administrativ, gesellschaftlich. Zugegeben, es gab erste Korrekturen: mehr Grenzkontrollen, schnellere Verfahren, einen härteren Ton. Das ist richtig. Aber es reicht nicht.

Auch 2025 blieb die Zahl der Asylanträge sechsstellig – zum dreizehnten Mal in Folge ist Deutschland damit faktisch um die Grösse einer Grossstadt gewachsen. Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Weder den hier lebenden Menschen noch den Asylsuchenden selbst wird man so gerecht. Denn Humanität setzt Ordnung voraus. Wo der Staat seine Regeln nicht durchsetzt, verliert am Ende auch der Schutzgedanke an Glaubwürdigkeit.

Sozialstaat: Reförmchen statt Reform

Deutlich geringer als in der Migrationsfrage ist bis jetzt die Einsicht in der Sozialpolitik. Egal ob Rente, Grundsicherung oder Krankenversicherung: Überall steigen die Kosten, überall sinkt die Tragfähigkeit. Die Reformen, die bisher gewagt wurden, folgen dabei im Kern einer einzigen Logik: mehr Umverteilung, verbunden mit der Hoffnung, dass es schon reichen wird. Das tut es nicht. Im Gegenteil: Genau dieses Prinzip hat zu dem Zustand geführt, in dem die Systeme heute stecken.

Ein Sozialstaat, der so tut, als liesse sich Demografie mit Transfers überlisten, verliert den Bezug zur Wirklichkeit. Generationengerechtigkeit ist dabei kein politisches Schlagwort, sondern eine Rechenaufgabe. Doch statt zum Taschenrechner griffen Merz und seine Minister lieber zum Prinzip Hoffnung – und vertagten die Entscheidung.

In der Wirtschaftspolitik führungsschwach

Eine tragfähige Sozialpolitik setzt indes voraus, dass die wirtschaftliche Basis stimmt. Denn ohne Wachstum und Wertschöpfung lässt sich auch der Sozialstaat nicht dauerhaft finanzieren. Und auch hier hat Merz viel versprochen und bislang zu wenig geliefert: Das Land steckt mittlerweile im dritten Rezessionsjahr in Folge, Investitionen bleiben aus, die Stimmung ist gedrückt.

Hoffnung auf Besserung? Die ist derzeit nicht besonders gross. Ein paar Reförmchen hier, ein paar Staatsmilliarden dort: Auch acht Monate nach Regierungsstart wirkt Merz mit seiner Koalition in der Wirtschaftspolitik zu zögerlich und zu führungsschwach.

Dass Merz durchaus zu Führung fähig ist, hat er vor allem aussenpolitisch gezeigt. Fernab der innenpolitischen Blockaden tritt Deutschland nicht mehr nur als Mahner oder Beobachter auf, sondern wieder als Akteur.

Die Aufrüstung der Bundeswehr, die stärkere Übernahme von Verantwortung in Europa und auch die demonstrative Nähe zu Donald Trump sind dabei kein Opportunismus, sondern Ausdruck von nüchternem Realismus.

Merz weiss: Wer Sicherheit will, muss Macht organisieren. Seine Amtsvorgänger hatten diese Einsicht lange verweigert. Dass sich diese Haltung nun ändert, gehört zu den wenigen echten Fortschrittssignalen des Jahres.

Alles in allem war 2025 damit also reich an Erkenntnissen: Die Probleme sind benannt, die Zahlen bekannt, die Risiken offensichtlich. Was fehlt, ist Konsequenz. Die Bundesregierung meidet weiterhin grundlegende Entscheidungen und auch Zumutungen – aus Angst vor Konflikten, vor Wahlen, vor Schlagzeilen.

Doch wer nicht entscheidet, überlässt das Feld jenen, die mit einfachen Antworten und falschen Versprechen die Bürger locken. Noch ist es nicht zu spät für Merz. Aber das kommende Jahr darf kein weiteres der Ausreden werden, sondern muss eines der Entscheidungen sein.

Passend zum Artikel



Bundeskanzler Friedrich Merz sieht Deutschland als Sanierungsfall: «Es ist verdammt viel liegengeblieben», sagt er am CSU-Parteitag

Susann Kreutzmann 13.12.2025 ⌚ 3 min



DER ANDERE BLICK
von Beatrice Achterberg

Zu schroff, zu spontan? Merz' Kanzlerschaft entscheidet sich nicht an der Kommunikation

22.12.2025 ⌚ 3 min



KOMMENTAR
von Johannes C. Bockenheimer

Friedrich Merz setzt sich durch – und schickt die deutsche Rente Richtung Kollaps

05.12.2025 ⌚ 3 min



Kostenlose Onlinespiele →



Adventskalender



Solitär



Kreuzworträtsel



Sudoku



Mahj

NZZ abonnieren

[Kontakt](#) [AGB und Datenschutz](#) [Impressum](#)